

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Ercheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,80 Mk. Einzelnenpreis die Spedition. Wilmmerstraße für Arbeiterzeitung 75 Pfg. Geschäfts- und Verteilungspreis 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Verwaltung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelstr. 17. Fernruf 8800-87. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 27

Duisburg, den 3. Juli 1920

21. Jahrgang

## Herrentum und Radikalismus

Dr. H. Köppe.

Für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft bedarf es inneren Friedens und der Erneuerung und Stärkung aller von der Kriegswirtschaft zermürbten produktiven Kräfte. Wie steht es in beiden Hinsichten? So wenig der äußere Friede, der von Versailles, ein wahrer Friede ist — er ist nur eine paragrafisierte Zwangsherrschaft der Sieger — ebensowenig der innere — er ist nur eine mühsame Aufwachterhaltung des äußeren Ganges des Wirtschaftslebens, unterbrochen durch eruptive Gewaltakte, die teils dem vergrößerten Kampfe der Weltanschauungen, teils der nackten Habgier entspringen. Zwischen den Mühlsteinen des Klassenkampfes werden die produktiven Kräfte beständig zerrieben, statt gesammelt und berichtigt zu werden zur Verwendung nach dem einzigen Ziele unserer Emporhebung von tiefstem Sturz. Während die Technik allen Scharfsmut anbietet, um jede Energievergeudung im Produktionsmechanismus auszuschalten, werden die geistigen und seelischen Kräfte, die diesen Mechanismus beherrschen und den Zwecken vollkommenster Bedürfnisbefriedigung dienlich machen sollen, schamlos im Streit ihrer Träger um die Berechtigung ihrer wirtschaftlichen Grundanschauungen und um die Konstruktion des Gehäuses der Volkswirtschaft. Bei aller Achtung vor der Wichtigkeit der Grundformen des Wirtschaftslebens; unendlich wichtiger ist doch der Geist, der sie ausfüllt und belebt. Ob Kapitalismus, ob Sozialismus, ob Mischformen beider — entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg ist schließlich die Gesinnung, die die wirtschaftenden Menschen befeuert, leitet, antreibt. Selbst Kantakly, der geistige Führer der Sozialdemokraten sagt, daß es in einem gut funktionierenden sozialistischen Staat der Arbeiterschaft besser gehe, als in einem schlecht funktionierenden sozialistischen. Darum steht und fällt auch der Sozialismus mit der Frage, welches mindestens gleich wirksame Motiv er an die Stelle des Erwerbstriebes im Wirtschaftsleben zu setzen vermag?

Diese Gesinnung kann nur sein ein möglichst vollkommener Ausgleich zwischen individualistischer und sozialer Lebensauffassung in den der wackelnde Kampf zwischen Individual- und Sozialprinzip sich auflöst. Noch immer tötet der bloße Wohlstand der Geist aber lebendig. Unsere Wirtschaftsgesetzgebung seit der politischen Umwälzung lebt sich in der Abkühlung von Normen und Formen förmlich aus, zum Stolz ihrer Urheber, die jedoch trauen, wenn sie meinen, durch die Formgebung allein zum Ziel einer möglichst reibungslos arbeitenden und der Höhe früherer oder gar vollkommenerer Lebenshaltung zuführenden Volkswirtschaft zu gelangen. Die Gesinnung ist die wahre Kraft, die die Mäuler in Schwung setzt und erhält — oder aber stillstehen läßt.

Hier stehen sich nun zwei feindliche Pole gegenüber, in denen alle Spannung einer hundertjährigen Konfliktszeit sich ansammelt und zur Entladung kommt: Radikalismus und Herrentum. Der Radikalismus zieht seine Nahrung aus den Begehungen und Unterlassungen besonders der Frühzeit, aber auch der Höhezeit des Kapitalismus, in der der Arbeiter als lebendige Arbeitsmaschine der toten angegliedert und daher ebenso wie diese nur Mittel zum Zweck der Unternehmung war, als Mensch mit Selbstzweck also nicht zu Recht und Geltung kam. Eine Volkswirtschaftslehre, die — durchaus naiverweise, keineswegs aus Uebdrollen gegen den Arbeiter — den volkswirtschaftlichen Zweck der Unternehmung nur in der Schaffung möglichst großer Gütermengen (Zwischwerte), den privatwirtschaftlichen Zweck der Erzielung des größten Profits sah, ohne in ersterer Hinsicht auf die Wichtigkeit der Verteilung und ihrer Gerechtigkeit, in letzterer auf die Stellung der zum wirtschaftlichen Erfolg zusammenwirkenden Menschen im Produktionsprozeß und ihre dadurch bestimmte Lebenslage zu achten, schuf den Nährboden für die Sozialdemokratie, die nicht praktisch mitarbeitete, sondern durch ihre Agitation den Radikalismus verbreitete.

Wie steht es heute mit dem Hymnus auf die Arbeit? Heute, wo die Arbeiter die politische und soziale Macht und im Wirtschaftsleben die volle Gleichberechtigung errungen haben, sind Arbeitslust und Arbeitsenergie, ja selbst die elementare Erkenntnis von der Bedingtheit aller materiellen und geistigen Kultur durch Maß und Grad der Arbeitsleistung, in jähem Abklingen. Daß Geld nur eine Anweisung auf Ware ist, wo also Ware mangelt, diese Anweisung nichts ist, Ware aber nur durch Arbeit entsteht, dafür fehlt dem Radikalismus heute das Verständnis — oder der Wille zum Verständnis. Radikalismus erzeugt aus sich selbst heraus immer stärkeren Radikalismus, mit dem dadurch steigenden Fanatismus schwindet aber die ruhige Erkenntnis. Der Radikalismus verflucht sich heute nicht nur an der Wirtschaft des Volkes, sondern auch am Volke selbst. Nach außen hin zur Macht gelangt, ist er geistig desolatiert und offenbart dies in dem Mangel jeglichen Gedankens für das ungeheure Maß von Verantwortung, das der Arbeiterschaft seit der Erlangung der Macht zufällt.

Das Herrentum belächelt sich vornehmlich in der trotzigsten Festhaltung unterhöhter, durch die Entwicklung innerlich unhaltbar gewordener Machtpositionen. Er läßt sich, was er nicht festhalten kann, lieber aus den Händen reifen, als daß er es hergibt. Die Wirkung ist dann stets die, daß der Wert der ertrugenen Zugeständnisse ihm nicht auf der Aktivseite gebucht wird, wie es der Fall sein würde bei vorübergehender Nachgiebigkeit gegen Forderungen, deren Durchsetzung doch nur eine Frage der Zeit ist, sondern auf der Passivseite —

auf Schuldkonto; statt auf Verbleibkonto. Wie leidenschaftlich gut man sich gegen den Tarifvertrag gewehrt, sich lieber durch Androhungen und Machtdroben Zugeständnisse abzwängen lassen. Statt partikulär zu verhandeln. Rechtzeitiges Einlenken nach der Richtung des Ausgleichs der widerstreitenden Interessen sollte dem schon durch seinen Beruf auf das Maße, rechnerische Abwägen eingestellten Unternehmer näher liegen als doktrinaire Versteifung, die weit mehr dem Wesen des Radikalismus der anderen Seite entspricht. Mit diesem Kurs wird er durch das brandende Meer sicherer zum Ziele gelangen als durch das starre Festhalten an gerader Fahrt gegen Kräfte, die, vom Sturm der Zeit getragen, nicht niederzwingbar sind.

Diese beiden Strömungen, Radikalismus und Herrentum trieben Deutschland ins Verderben. Die Gemeinheitsarbeit, der große lebendige soziale Gedanke, die Idee des Sozialismus, des einträchtigen Zusammenlebens aller, kann uns allein wieder zur Höhe führen.

## Selbstverwaltungskörper

### Der Eisenwirtschaftsbund

Karl Schmitz.

Die extrem individualistische Wirtschaftsform hat sich — wie in Nr. 25 unter der gleichen Überschrift dargelegt wurde — zu einer wahren Wollschaferei nicht fähig erwiesen. Noch schlimmer sind die Folgen des sozialistischen Systems, das eine totale Unwirtschaftlichkeit und damit auch den größten Schaden der Arbeiterschaft nach sich zieht. Ein Wiederaufbau der Wirtschaft kann sich nur vollziehen, wenn die Wirtschaft auf den Pfeilern des sozialen Gedankens einerseits und einer dem Rahmen der Gesamtheit entsprechenden Freiheit andererseits sich aufbaut. Einer der wichtigsten Faktoren zum Wiederaufbau der Wirtschaft sind die Selbstverwaltungskörper, die regulierend und sozialistisch auf unser Wirtschaftsleben zu wirken berufen sind.

Der Eisenwirtschaftsbund ist durch Verordnung der Regierung vom 1. April 1920 entstanden. Der wirtschaftlichen Regelung durch den Eisenwirtschaftsbund unterliegen folgende Erzeugnisse:

#### Gruppe I.

- Roheisen,
- Ferromangan und Ferrosilizium (soweit es im Hochofen erzeugt wird),
- Schrott (Eisen- und Stahlschrott aller Art, Gußbruch und Spähne).

#### Gruppe II.

- Halbzeug (rohe, vorgewalzte und vorgeformete Blöcke und Brammen, Knäpfe, Platten, Breiteisen und Puddelluppen),
- Eisenbahn-Oberbaumaterial (Eisenbahnschienen, auch Rollen und sonstige Schienen, Eisenbahnschwellen, Rastern und Unterlagsplatten, Hakenplatten, Radlenker u. dergl.),
- Formeisen (I- und U-Eisen von 80 mm Höhe und mehr sowie Zoresen),
- Stabeisen (Stabeisen im engeren Sinne, d. h. alles Walzeisen in Stäben, welches nicht in einer der anderen Gruppen ausdrücklich angeführt ist; Univeraleisen, Wandblech. Hierzu gehört auch Rund- und Quadratblech von mehr als 13 mm Breite bei mehr als 13 mm Dicke, auch wenn es in Ringen geliefert oder weiterverarbeitet wird; desgleichen aufgeschweißtes Wandblech und Streckdraht, d. h. Walzdraht, der kalt oder warm gestreckt und geschnitten wird und nicht in die Verfeinerung übergeht),
- Walzdraht (alles Walzeisen in Ringen),
- Bleche (Bleche aller Art, auch mit metallischem Ueberzug versehen, einjährl. Nussel- und Wargenbleche; Bleche mit sonstigen Walzmustern. Sie werden eingeteilt in Grobbleche 5 mm Dicke und darüber, Mittelbleche von mehr als 1 mm Dicke bis unter 5 mm, Feinbleche von 1 mm Dicke oder darunter; ferner geschweißte Rohre über 5 mm Durchmesser),
- schmiedeeiserne Röhren (geschweißte Röhren, nahtlose Röhren und die zugehörigen Kategorieeröhren mit Ausnahme der Muffenröhre),
- rollendes Eisenbahnmateriale (Eisenbahnradfahne, Eisenbahnschienen, Räder und Radreifen).

Der Eisenwirtschaftsbund wird gebildet aus Vertretern von Erzeugern, Händlern und Verbrauchern, und zwar sowohl von Unternehmern, wie von Arbeitnehmern. Derselbe hat folgende Organe: Vollversammlung, Arbeitsausschüsse, Vertrauensmann.

Die Vollversammlung besteht aus 70 ordentlichen Mitgliedern und zwar aus 34 Mitgliedern der Erzeuger, 12 Mitgliedern des Handels, 24 Mitgliedern der Verbraucher. Innerhalb dieser drei Gruppen sind Unternehmer und Arbeitnehmer in gleicher Zahl vertreten. Ueber Befugnisse und Rechte des Eisenwirtschaftsbundes ist bestimmt u. a.:

Die Vollversammlung des Eisenwirtschaftsbundes leitet die Eisenwirtschaft einjährl. der Ein- und Ausfuhr nach gemeinschaftlichen Grundrissen unter Oberaufsicht des Reiches. Sie stellt allgemeine Richtlinien auf, deren Ausführung den Arbeitsausschüssen und dem Vertrauensmann obliegt. Sie beauftragt die Arbeitsausschüsse und den Vertrauensmann und kann von diesem jederzeit Bericht fordern.

Alle inländischen Werke, welche die vorhin genannten Erzeugnisse (außer Schrott) herstellen, sind verpflichtet, einen von dem Eisenwirtschaftsbund zur Deckung des dringenden Inlandsbedarfes zu bestimmenden Teil ihres Erzeugnisses vor ganzer oder teilweiser Erfüllung ihrer sonstigen Lieferpflichten und vor Deckung ihres Eigenbedarfes zur Herstellung von vorhin nicht genannten Erzeugnissen dem Eisenwirtschaftsbund zur Verfügung zu stellen. Zur Durchführung dieser Verpflichtung sind von allen beteiligten Werken nach näherer Bestimmung des Eisenwirtschaftsbundes Liefergemeinschaften für die einzelnen Erzeugnisse (außer Schrott) zu bilden. Die zuständigen Arbeitsausschüsse regeln die von den Liefergemeinschaften zu bewirkenden Lieferungen. Die Liefergemeinschaften bestimmen die Lieferungsverpflichtungen der einzelnen Werke.

Die beteiligten Werke haben bei Nichtinhaltung der vorstehenden Verpflichtung eine Buße zu entrichten, deren Höhe vom Eisenwirtschaftsbund festzusetzen ist.

Sobald es zur Sicherstellung des dringenden Inlandsbedarfes erforderlich erscheint, kann das Eigentum an den Erzeugnissen (außer Schrott) durch Anordnung des Reichswirtschaftsministers oder einer von ihm bestimmten Stelle gegen eine die jeweils festgesetzten Preise nicht übersteigende angemessene Entschädigung entzogen werden.

Der Eisenwirtschaftsbund regelt die Preise und Verkaufsbedingungen der genannten Erzeugnisse (außer Schrott) für den Absatz im Inlande. Der Reichswirtschaftsminister kann bestimmen, daß Inlandspreise einheitlich für das Reichsgebiet festgesetzt werden müssen und daß diese Preise auch für die Verkäufe an Hersteller von Ausfuhrerzeugnissen gelten.

Die vom Eisenwirtschaftsbund festgesetzten Preise gelten als Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

Abreden, die den vom Eisenwirtschaftsbund festgesetzten Verkaufsbedingungen zuwiderhandeln und solche Abreden, die eine Umgehung der Preise und Verkaufsbedingungen bezwecken, sind nichtig.

Für jedes der genannten Erzeugnisse kann der Reichswirtschaftsminister nach Anhörung des Eisenwirtschaftsbundes eine Höchstmenge festsetzen, für die eine Ausfuhr gestattet werden darf. Der Reichswirtschaftsminister hat nach Verständigung mit dem Eisenwirtschaftsbund eine Regelung der Ausfuhr von den im Paragraph 2 genannten Erzeugnissen und von Eisenfertigfabrikaten zu treffen, welche

- die Deckung des Devisenbedarfes der Eisen- und Stahlindustrie für schwedische Erze oder sonstige in Valuta zu zahlende ausländische Rohstoffe und Lebensmittel und
- einen teilweisen Ausgleich der erhöhten Herstellungskosten bei der Verwendung ausländischen Erzes ermöglicht.

Der Reichswirtschaftsminister kann nach Anhörung des Eisenwirtschaftsbundes eine Regelung der Einfuhr von Schrott, Roheisen, Stahl- und Walzwerkprodukten treffen, welche verhindert, daß das billigere Inlandsmaterial im freien Handel als Auslandsmaterial verkauft wird, und welche ferner eine Begünstigung der Einfuhr durch Beteiligung an den durch die Ausfuhr von Erzeugnissen und Eisenfertigfabrikaten erzielbaren Mehrgewinn gestattet.

## Aufgaben des Reichswirtschaftsrates

Dr. Klaus Heiß.

Die Errichtung eines Reichswirtschaftsrates ist durch Artikel 105 der Reichsverfassung vorgesehen. Dieser Artikel wurde zur Verwirklichung des Rätegedankens nachträglich in die Reichsverfassung eingefügt. Danach ist der Reichswirtschaftsrat so zu gestalten, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind. Sozialpolitische und wirtschaftliche Gelegenheitsfragen von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Anbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gelegenheitsfragen zu beantragen. Stimmlos sind die Reichsregierung nicht zu, so hat sie trotzdem die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichstag einzubringen. Der Reichswirtschaftsrat kann die Vorlage durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstage vertreten lassen.

In der Begründung der Reichsverfassung wird auf die Gefahr hingewiesen, die dadurch entstehe, daß von einem politischen Parlament oft gerade diejenigen Fragen zurückgestellt und nicht beachtet werden, die die dringendsten seien. Die so entstehenden gefährlichen Spannungen können durch am besten lösen, daß sich die gesellschaftlichen Kräfte unmittelbar in den Volksvertretungen zur Geltung bringen können.

An anderer Stelle der Begründung wird ausgeführt, die Gesetzgebung und die staatlichen Einrichtungen seien nicht schmeigsam genug, um sich allen Wandlungen der Wirtschaft anzupassen. Deshalb solle der Wirtschaft weitgehende Selbstverwaltung eingeräumt werden. Damit schalte sich der Staat nicht selber aus, sondern stelle nur, statt Vorschriften im einzelnen zu geben, soziale Rechte und Gestaltungsformen zur Verfügung, in denen sich dann das Leben selbstständig und unmittelbar in Sachkunde auswirken könne.

Damit wird dem grundsätzlichen Wortlaut begegnet, der bereits in der Presse erhoben worden ist, der Reichswirtschaftsrat habe die Demokratie wieder auf, wenn er sich zu einer „Kammer der Arbeit“ mit gleichen Rechten wie die Volksvertretung entwickle. Der frühere Staatssekretär Dr. Debrück ist allerdings der Ansicht, daß die Entwicklung notwendig dahin führe, daß der Reichswirtschaftsrat neben Reichsrat und Reichstag eine dritte Volksvertretung werde. Und Georg Bernhards meint im „Blut“, der Reichswirtschaftsrat werde wie der Bismarcksche Volkswirtschaftsrat rasch wieder verschwinden, wenn er sich nicht zu einem selbständigen Parlament weiter entwickle. Dagegen wird nun das grundsätzliche Bedenken erhoben, daß der Reichswirtschaftsrat bei seiner Zusammensetzung aus einer gleich großen Zahl von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern den Arbeitgebern ein stärkeres Wahlrecht gewähre als den Arbeitnehmern und so den Grundsatz des gleichen und allgemeinen Wahlrechts durchbreche.

Die großen Gruppen von Gewerbe, Industrie und Handel sind im großen und ganzen mit der Zusammensetzung zufrieden. Auch das Antwortsrecht ist ausreichend, um ein behilfliches Zusammenarbeiten möglich zu machen. Es sind alle Berufe und auch die Verbraucherschaft und die Städte vertreten, und es ist auch dafür gesorgt, daß die örtlichen Verschiedenheiten im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben von Nord und Süd, Ost und West zur Geltung kommen können. Ein schwaches Gegengewicht gegen unseren etwas starken demokratischen Zeitgeist bildet die Befugnis der Regierung, je zwölf Personen zu ernennen, die mit dem Wirtschaftsrat der einzelnen Bundesstaaten besonders vertraut sind, oder nach freiem Ermessen solche Personen, die durch besondere Leistungen die Wirtschaft des deutschen Volkes in hervorragendem Maße gefördert haben. Die Hauptarbeit wird wohl auch hier wie im Reichstag in den Ausschüssen zu leisten sein. Bis jetzt ist ein sozialpolitischer und ein wirtschaftspolitischer Ausschuß vorgelesen.

Nach der eigenen Begründung der Regierung zur Reichsverfassung ist der Regierung ein erster Wortlaut daraus zu machen, daß sie die Errichtung des Reichswirtschaftsrats solange hinausgeschoben hat zu einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Fragen mehr denn je uns alle auf die Fingernägeln gebrannt haben. Doch nachdem er einmal besteht, ist es gerade vom Standpunkt der Wirtschaft das zweckmäßigste, ihn einmal arbeiten und sich ins Wirtschaftsleben und Zusammenarbeiten mit dem Reichsrat und Reichstag hineinleben zu lassen und vorläufig alle Machterweiterungsbestrebungen zurückstellen. Dringendste Aufgaben findet er die Fälle und Fälle. Wir nennen nur beispielweise: die Abschaffung der 20 prozentigen Kohlensteuer, die das Wirtschaftsleben nicht ertragen kann. Sie bildet die Voraussetzung des Wiederaufbaus des Verkehrs, des Bauwesens, der Stahlindustrie usw. Die Stahlindustrie muß billiger und mehr erzeugen, damit die Lebensmittel billiger werden, d. h. in größeren Mengen erzeugt werden können. Die Frachttaxe müssen ermäßigt werden, damit die Städte und Industriebezirke billige Lebensmittelfuhr erhalten. Das Verhältnis zwischen Stadt und Land ist von dem für das ganze Volk verderblichen feindschaftigen Gegensatz zu befreien. Das lebendige Leben wird schon die Entwicklung bringen, die notwendig ist, und es wird sie in die richtigen Bahnen lenken. Wirt der Wirtschaftsrat erfolgreich für die Hebung und Verbilligung der Erzeugung und für den sozialen Frieden, so wird er der deutschen Volkswirtschaft zum Segen gereichen. Er wird dann mit oder ohne Erweiterung seiner Befugnisse stets das Ansehen beim Reichsrat und Reichstag genießen, das seinen sachkundigen Wünschen die gebührende Berücksichtigung sichert.

### Der Kampf um die Arbeitszeit.

Wilhelm Mauer.

In den vorhergehenden Artikeln wurde gezeigt, wie die Steigerung der Produktion auch bei verkürzter Arbeitszeit erfolgen kann. Ein wichtiger Grund zur Förderung der Produktion ist die Steigerung der Arbeitsfreude der Arbeiterschaft und ihre innere Anteilnahme am Wollen der Industrie.

8. Die Arbeiterschaft allgemein und jedes ihrer Glieder müssen mithelfen, alle erdenklichen Verbesserungen, gute Erfahrungen, neue Erfindungen, die beste gegenseitige Hilfsbereitschaft im Arbeitsprozeß anzustreben, zu verwirklichen versuchen und selbst dazu beitragen, daß durch ein gutes, kollegiales Verhältnis der Belegschaften unter sich, die Arbeitsfreude wieder mehr gehoben wird. Nicht alles Gute in den Betrieben kommt und kann auch nicht von oben kommen. Arbeitgeber, Vorgesetzte usw. geben ihr Ziel und Richtung, sie sind aber noch lange nicht alle Meister von allen Arbeitsverrichtungen. In der Metallindustrie im besonderen liegen tausende und abertausende von solchen Arten und eine hundertbunte Zahl von Berufen vor. Nur in wenigen Fällen mag da der Vorgesetzte alles aus dem H. heraus können. Der Geist für Erfindung und Verbesserungen kann aber nur im Kennen oder im Können, in der Berechnung und namentlich in der reichlichen Erfahrung, Fortschritte machen. Wenn nun alle die Eigenschaften des einzelnen wie der Gesamtheit der Arbeiterschaft auf dieses Aufwärts eingestellt werden, dann wird ein Erfolg nicht ausbleiben können. Dabei wollen wir bei weitem nicht gesagt haben, daß nun jeder gut und ehrlich gemeinte Vorschlag auch ohne weiteres durchführbar ist und zum Zwecke führt. Nur die brauchbaren müssen zur Berücksichtigung gebracht werden. Das Betriebsrätegesetz bietet die beste Handhabe dazu. Wo gute Reformen in den Betrieben nicht durch freiwillige Erkenntnis durchzuführen sind, da haben wir in der Organisation, im Betriebsorgan, in der Arbeitsgemeinschaft, bei Tarifverhandlungen usw. Mittel genug zur Hand um „nachzuhelfen“. Ein wunder Punkt ist gar oft auch die mangelnde Hilfsbereitschaft der Kollegialen im Betrieb untereinander. Wer bei seiner Arbeitsleistung be-

sondres Geschick hat, die nötigen „Anfisse“ kennt, gute Erfahrungen sammeln konnte, erforderliche Werkzeug besitzt, gerade frei ist oder sich frei machen kann, der sollte seinem Mitarbeiter oder seinen Mitarbeiterinnen bei der Arbeit — ungegen sie jung oder alt, einheimisch oder fremd sein und gleich welcher politischen, religiösen oder gewerkschaftlichen Richtung sie angehören — helfend, anweisend oder unterrichtend zur Seite stehen.

Es ist falsch, wenn solche Leute ihre Besserstellung, ihre Fähigkeiten oder Kenntnisse — die sie vielfach doch auch nur von anderen haben — für sich behalten, ausschweigend oder vielleicht noch schadenfroh zusehen, wie sich ihre Nebenmenschen mühsam anstrengen, nichts zu Wege bringen oder gar die Arbeit noch falsch machen. Die Hilfsbereitschaft muß deshalb mehr zur Auswirkung kommen, wenn nicht um der Kollegialität oder der Person willen, so doch aus Gründen des Gemeinns im Interesse aller. Durch den Austausch von guten Erfahrungen und durch eine gewisse gegenseitige Hilfsbereitschaft sind schon oft für ganze Branchengruppen ersaunliche Erfolge erzielt worden. Erfolge, die nicht nur für den beschleunigten Fortgang der Arbeit, sondern auch in ihrer leistungsfähigeren Ausführung liegen. Auch hier könnten eine Reihe Einzelbeispiele angeführt werden. Die manchmal verpönte Frachtsimpelei in Branchensammlungen bringt wohl eine Verbesserung neben der anderen, aber oft auch gute Erfahrungen und Wahrnehmungen.

Es brauchen nur einmal die Vorküsse der verschiedenen Betriebe, die Höhe der Produktion, die verschiedensten Verdienste der verschiedensten gleichartigen Betriebe gegenübergestellt zu werden und schon ist die benachteiligte Arbeiterschaft daran, den Ursachen ihrer Zurückbleibens nachzugehen. Haben wird es so gemacht, brühen macht man es anders. Die Lehren sind manchmal für haben wie für drüben gut. Für gut aufgemachte Branchensammlungen, Berufskonferenzen, wo mit Gleichgesinnten die Werte der Woche und Aufbesserungen besprochen werden können, besteht auch unter der Arbeiterschaft selbst die größte Nachfrage. Endlich ist die Erzeugung auch durch eine größere Arbeitsfreude, hervorgerufen durch ein gutes freundschaftliches Verhältnis der Belegschaft unter sich, zu steigern. Auch aus anderen Gründen ist es an der Zeit, daß in der Arbeiterschaft Schluß damit gemacht wird, wonach vielfach „einer dem andern sein Teufel ist“. Es ist wahnsinniger Selbstmord und Mord an anderen begangen, wenn solche Zustände noch vorliegen. Nehme jeder seinen Nebenmenschen bei der Arbeit wie er ist und wie er behandelt werden muß. Mit einem Tropfen Honig ist hier oft

## Auch im Sommer vergißt der Gewerkschaftler nicht seine Arbeit für den Verband

Wenn du daß im Juni nicht beherzigt hast, dann erfülle desto eifriger deine Pflicht im Monat Juli

mehr zu erreichen, als wie mit einem Faß voll Essig. Und warum sollten sich Arbeiter und Arbeiterinnen, die unter denselben Verhältnissen leben, Freud und Leid oft miteinander teilen müssen, im Leben aufeinander angewiesen sind, sich selbst das Leben statt angenehmer zu machen noch mehr verbittern? Allerwärts in den Betrieben sollte darum Duldsamkeit gelbt, rechte kollegiale Hilfsbereite Verhältnisse gepflogen, der Bestimmungszwang, Haß, Meid, solche Verdächtigungs- u. Klatschsucht gebannt werden. Unter solchen Verhältnissen muß die Arbeit wie am Schnürchen gehen. Eine solche Belegschaft wird leichteren Herzens mehr erringen, als wie jene, die nur mit Ach und Krach untereinander auskommt. Gar oft und manchmal auch ausschließlich kommt es jedoch auch darauf an, wie die Vorgesetzten das notwendige Geschick, den erforderlichen Takt, die richtige Menschenkenntnis und den guten Willen haben, um die Belegschaften und Arbeitsgruppen zweckentsprechend zusammenzustellen. Wird auch diesen Anregungen Rechnung getragen, so sind wiederum neue Stützen geschaffen um die kürzere Arbeitszeit beizubehalten und trotzdem den wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres unglücklichen Vaterlandes zu ermöglichen.

Hiermit mögen diese Abhandlungen geschlossen werden. Selbstverständlich können dieselben nicht als erschöpfend behandelt angesehen werden. Die Länge der Darlegungen und die Fülle der zusammengestellten Berichte, Erfahrungen, Gedanken und Vorschläge besagen aber schon allein, von welcher großer Bedeutung der Kampf um die Arbeitszeit für die Arbeiterschaft, ja für das ganze Wirtschafts- und Kulturleben ist. „Nicht die Phrasen rettete uns, sondern die klare Wirklichkeit“, so leitete mit Recht die Schriftleitung unseres Verbandsorgans diese Artikelserie ein. Denn, wenn die Frage Arbeitszeit-Achtstundentag zu einem parteipolitischen Streitgegenstand, oder zu einer zwecklosen Prinzipienreiterei, oder gar zu einem nichtswürdigen Agitationsstoff heruntergezerrt wird, so ist damit gar nichts erreicht.

Mit solchen Phrasen wird die kürzere Arbeitszeit auch nicht dauernd erhalten werden können. Denn das „Schweben in höheren Regionen“ führt immer die große Gefahr des Herunterstommens im Gefolge; namentlich dann, wenn ihm keine Stützen geschafft werden, die Boden unter den Füßen haben. Solche zu schaffen, das ist der Sinn des vorliegenden Artikels gewesen. Das solche Stützen bitter notwendig sind, braucht nicht näher erwähnt zu werden. Leider haben es diejenigen, die für sich in ähnlicher Weise in Anspruch nehmen, die kürzere Arbeitszeit allein geschaffen zu haben, bis jetzt unterlassen, für die Schattenseiten des Achtstundentages und für die Beibehaltung der kürzeren Arbeitszeit auch nur einen Finger zu krümmen. Das föll uns jedoch nicht abhalten wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft in unserem christlichen Metallarbeiterverband das zu tun, was der Pflicht und Verantwortung gemäß, für eine kürzere Arbeitszeit der Metallarbeiterschaft nur geschaffen kann

## Die Macht der Banken

A. Maruse.

Die Machtfrage der Banken ist zu einer ungeheuren Größe angewachsen, die so bedeutend ist, daß selbst die „Frankfurter Zeitung“, die in dieser Angelegenheiten doch sicher milde empfindet, in ihrem Artikel „Hochfinanzkultur“, auf die für die Volkswirtschaft bedauerlich hohen Prämien der Großbanken hinweist. Werkwürdig ist ja auch, daß man in der roten Presse auch nicht im geringsten etwas von einer Sozialisierung der Banken liest, wo doch gerade die Sozialdemokratie selbst den kleinsten „Straucher“ versozialisieren möchte. Man wird den Gedanken nicht los, daß zwischen der roten Internationale und der goldenen Internationale ein enger Zusammenhang bestehen muß, besonders wenn man bedenkt, daß die einzige deutsche Bank im letzten Geschäftsjahr einen Nettogewinn von 267 Millionen M. erzielt konnte, also mehr als das von der Sozialdemokratie angeführte Konzern Stinnes und Thyssen zusammen. In der nächsten Nummer werden wir auf den obengenannten Artikel der „Frankfurter Zeitung“ zurückkommen. (D. Nied.)

Bei der großen wirtschaftlichen Bedeutung, die den Banken der Weltkapitals, insbesondere aber den Großbanken, in unserem heutigen Wirtschaftssystem zukommt, Entwicklung in und nach dem Kriege gewesen ist. Natürlicher ist es von allgemeinem Interesse, zu erfahren, wie ihre sich hat der ungeheure Krieg und die in seinem Gefolge erscheinende Revolution auch im deutschen Bankwesen tiefere Spuren hinterlassen. Wenn auch ein abschließendes Urteil heute, da wir noch mitten in der wirtschaftlichen Entwicklung stehen, nicht gefällt werden kann, so soll doch im folgenden eine Darstellung der bisherigen Entwicklung gegeben werden.

Es war vor dem Kriege das Hauptmerkmal der deutschen Banken, daß sie im Gegensatz zu etwa den französischen Großbanken das „gemischte System“ vertraten. Das bedeutet, daß sie zugleich Sparbanken waren, indem sie verzinsliche Einlagen (Depositen) annahm, und andererseits den Kreditbedürfnissen der Industrie im weitestgehender Weise Rechnung tragen, indem sie bei der Ausgabe neuer Aktien mitwirkten, den Unternehmungen Kredit in laufender Rechnung gewährten (d. h. zuweilen auch ungedeckte Vorschüsse gaben) und in jeder Weise vertrauenswürdig und solche Firmen unterstützten. Diese Praxis der Banken entsprach durchaus den Bedürfnissen eines emporblühenden Landes mit wachsender Bevölkerung. In Frankreich dagegen, dem Lande des Bevölkerungsrückganges, das den Höhepunkt seiner wirtschaftlichen Entwicklung bereits überschritten hatte, waren die Banken reine Depositen(Spar)-banken, die jedes Zusammengehen mit der Industrie ablehnten. In den Kreisen der französischen Bankwelt und aller derer, die ihr System für das allein richtige hielten, galten sie als einträgliche sichere und vertrauenswürdige Anlage der Depositen, Staats- und Rentenpapiere. Diese geben zwar im allgemeinen weniger Zinsen als Industripapiere, ihre Sicherheit wird dagegen vom Staate verbürgt, dem sichersten Gläubiger, den man sich vor dem Kriege (heute ist es vielfach anders) denken konnte. Die deutschen Banken handelten dagegen nach dem Grundsatz, daß man wagen muß, um zu gewinnen und unterstützen die Industrie nach Kräften, was beiden Seiten zum Vorteil gereichte und für das gesamte Wirtschaftsleben von Nutzen war, so lange die deutsche Wirtschaft eben in so starkem Aufschwung begriffen war.

Bei Ausbruch des Krieges zeigte es sich denn auch, daß die deutschen Banken auf durchaus gesunden Füßen standen. Obwohl gerade im Juli 1914 eine schlechte Zeit auf dem Geldmarkt war, da das Publikum, noch unter dem Eindruck des Balkankrieges, keine großen Geldgeschäfte wagte, und auch die Industrie zurückhaltender war, so überstanden die Banken die Belastungsprobe der ersten Kriegsmomente glänzend. Sie hatten in guten Zeiten vorgesorgt und starke Rücklegungen (Reserven) gemacht, was ihnen jetzt sehr zustatten kam. Trotzdem das gesamte Auslandsgeschäft stillgelegt, die Börse geschlossen war und trotz des Verlustes der ausländischen Filialen, standen die Banken Ende 1914 auf vollkommen festen Füßen, was schon darin zum Ausdruck kam, daß sie ihren Aktionären fast dieselbe Dividende wie 1913 geben konnten.

Im weiteren Verlaufe des Krieges blieben die Banken durchweg auf der gleichen Höhe, es stiegen sogar die Dividende, die Reserven und die Umsätze. Das Ganze machte einen durchaus blühenden Eindruck. Nur verschob sich das Bild insoweit, als innerhalb der Bankgeschäfte das Depositenengeschäft, also die Spareinlagen, immer mehr wuchs, die Kreditgewährung an das Reich und die Gemeinden immer weiter zunahm, die Kreditgewährung an die Industrie dagegen zurückging. Das hatte seine Ursache darin, daß die Unterstützung des Reiches als vaterländische Pflicht galt (Kriegsanleihen), der sich die Banken weber entziehen konnten noch wollten. Auch benötigte die Industrie keine Bankkredite, da ja in der Kriegswirtschaft nur solche Industrien bestehen blieben, die „Heeresbedarf“ herstellten und die Heeresleitung stets sofort bar bezahlte. So floß ein ständig anwachsender Geldstrom durch das Land und manche Unternehmer, die bei Ausbruch des Krieges Schuldner der Banken waren, konnten nicht nur ihre sämtlichen Verpflichtungen erfüllen, sondern legten auch noch größere Barguthaben hin und wurden so zu Gläubigern der Banken. Auch das übrige Publikum brachte größere Barbeiträge zur Bank, einmal aus Angst vor allzu großer Festlegung bei der Unfähigkeit der Zeiten, sodann weil die Nachfrage nach Krediten dem gesteigerten Geldumlauf nicht mehr entsprach. Diese Entwicklung, durch die die deutschen Großbanken immer mehr dem französischen System der Depo-

Banken sich näherten, hielt auch nach der Beendigung Krieges an und bis heute wachsen die Barreslagen bei den Banken beständig. Daneben tritt in der letzten Zeit aber auch die Nachfrage der Industrie nach Krediten wieder etwas mehr in den Vordergrund, ohne jedoch im entferntesten die Bedeutung wie vor 1914 zu haben. Immerhin weisen die Bilanzen der Banken folgendes Bild auf: steigende Gewinne, vermehrte Einlagen, steigende Dividende und Zankeme. Man kann also sehr zufrieden sein.

Kann man das wirklich? Vielleicht die Aktionäre, die die hohen Dividenden und die Zanker, die die hohen Zankeme beziehen, aber für das Volksganze, für die Masse der Arbeiter (d. h. aller derjenigen, die von ihrer Hände oder ihres Kopfes Arbeit leben) liegt kein Anlaß zur Zufriedenheit vor. Die gesteigerten Einnahmen der Banken, die Zunahme der Einlagen in so großem Umfange, sind letzten Endes auch nur auf die Ueberflutung des Landes mit Zahlungsmitteln zurückzuführen. Die Notenpresse arbeitet Tag und Nacht, aber Geld hat nur Wert, solange wirkliche, durch Arbeit geschaffene Werte dahinter stehen. Fallen diese fort, so wird das ganze Gebäude der Geldwirtschaft zum Kartenhaus, das trotz aller Versuche es zu stützen, von einem kräftigen Windstoß zerstört werden muß. Wir haben also jeden Grund, die scheinbar so glänzende Entwicklung unserer Banken mit Mißtrauen zu betrachten.

Dazu kommt noch eins. In den Banken sammelt sich immer mehr Geld an. Geld aber ist Macht — heute mehr denn je. So wird ungeheure Macht in die Hände einer kleinen Gruppe von Unternehmern gelegt, die von rein privatwirtschaftlichen Beweggründen geleitet, diese Macht nicht ausüben im Interesse der Volksgenossen, sondern im Interesse ihrer Klasse und ihrer Partei. Daran kann man ihnen schließlich keinen so großen Vorwurf machen, aber wie gering das soziale Verständnis der Bankleiter ist, beweisen die Kämpfe der Bankangestellten um die Sicherung eines ausreichenden Existenzminimums und die überall aufflackernden Streiks der Bankbeamten.

So liegen heute die Dinge im Bankwesen. Ein letztes Wort über diese Entwicklung zu sagen, ist heute noch nicht möglich. Doch darf sofort gesagt werden, daß die Banken in ihrer jetzigen Verfassung noch gänzlich unüberführt sind von dem neuen Gaud, der durch das Wirtschaftsleben geht u. je länger je mehr als ein Fremdkörper in der neuen Wirtschaft erscheinen müssen. Es wird einmal an der Zeit sein, hier Wandlung zu schaffen. Selbstverständlich nicht durch brutales Zugreifen und Zerbrechen, dadurch würden Werte vernichtet, deren Verlust die Gesamtheit nicht tragen könnte, sondern nur durch Reformen und allmähliches Umformen auf Grund des Bestehenden. Denn nur was langsam reift, kann gute Frucht werden. Wir wollen das nicht vergessen in einer Zeit, der das Schnellste Tempo noch nicht schnell genug ist und deren Unglück darin liegt, daß sie das Warten verlernt hat.

### Streiflichter.

#### Sozialistische Väterdämmerung

Die Zeit des Hausputzes im sozialistischen Ideengebäude scheint begonnen zu haben. Alles Gerümpel, wie „Reife der kapitalistischen Wirtschaft“, Einführung der sozialistischen Wirtschaftssysteme“ wird heimlich, still und leise von den Intellektuellen auf die Seite geschafft. Zwar haben die sozialdemokratischen Blätter, waren die U. S. Blätter, an deren Spitze der bekannte Onkel aus Stuttgart marschiert, vorläufig noch die Parole, mit Häuten und Trompeten den halbigen Aufstieg der sozialistischen Wirtschaft anzukündigen, wo das Proletariat in Dult und Hohn schwimmt. So ganz verzinkt kommen aber auch schon die „Dornen“ hoch, z. B. wenn Adolf Hoffmann für die Herrschaft der Sozialdemokratie den Zwölftendtag statt des Achtstundentages proklamiert, damit die Masse erkennt, daß sie im sozialistischen Staat auch „Pflichten“ habe. Im „beraumten Durcheinander“ sind ja eigentlich sechs Stunden noch zu viel.

Da ist nun Herr Kautz's, U. S. Mann von Gehalt, oberste geistige Instanz der Sozialdemokratie und Großgeldebewahrer der reinen marxistischen Lehre, der einen mächtigen Sprung macht mit dem Umlernen. In einem Artikel, „Was nun?“, den er für die „sozialistische Wiener Arbeiterzeitung“ schrieb, heißt es: „Welches ist dieses Gebot (der Stunde)? Es ist — darüber müssen wir uns klar werden und danach handeln — leider noch nicht das einer sofortigen Durchführung des Sozialismus, sondern das einer Liquidierung des Krieges. Der durchführbare Krieg mit den wahrhaftigen Friedensbedingungen der Entente hat den Produktionsprozeß auf tiefe erschüttert. Ihn aufs raschste in Gang zu bringen, ist das dringendste Gebot. Sozialistische Produktion ist aber nicht von heute auf morgen durchzuführen, darüber ist sich jeder klar, der eine Ahnung von ökonomischen Dingen hat.“

Erfordrige Wiederherstellung der Produktion heißt daher zunächst sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. Daran kann auch das stärkste sozialistische Wollen nichts ändern. Das Proletariat ist bei blühender kapitalistischer Produktion besser daran, als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert. Ein Kommunismus des Teilens, der Plünderung der Reichen, vermehrt nur die Produktionsstörung und den Mangel an Produkten. Der Sozialismus, der das Proletariat befreien soll, muß mehr produzieren als der Kapitalismus.“

Und Cunow, der Schriftleiter der sozialistischen „Neuen Zeit“ schreibt zu diesen Worten Kautz's:

„Die Theorie von der Reife der kapitalistischen Produktion für eine halbige Ueberführung in die sozialistische Wirtschaftsweise, die Kautz's noch hoffnungsvoll im Jahre 1915 betrat, wird hier glattweg verneint.“

Ja, Cunow geht zum Schreden aller „Rechtgläubigen“ noch weiter. In bezug auf das Exterter Programm schreibt er:

„Demnach haben auch jene durchaus formell recht, die das Exterter Programm als überholt ansehen und von dem nächsten Parteitag die Umarbeitung eines neuen Programms fordern. Nach meiner Ansicht ist überhaupt der theoretische Teil des Exterter Programms eine — offen gestanden — zweifelhafte theoretische Leistung. Er war teilweise schon überholt, als er das Licht der Öffentlichkeit erlebte — eine einseitig dogmatische Einseitigkeit bestimmter, aus dem Verlauf der vorausgegangenen beiden Jahrzehnte abgeleiteter marxistischer Entwicklungstheorien, ohne Berücksichtigung der Bedeutung im Wirtschaftsleben hervortretender neuer Entwicklungstendenzen.“

So ganz langsam wird also abgelassen von den verstaubten sozialistischen Ideen und es sollte nicht wundern, wenn auch die Herren Listmann — Brandes — Zweierat vom sozialistischen Metallarbeiterverband, auch mal ein Wörtchen probieren: Das Ganze hätte Ungenügen wäre das nach der eingestampften Metallarbeiterzeitung Nr. 18 schon.

#### 14% Dividende

Schlagt unsere gemeinnützige Deutsche Volksversicherung für das verfloßene Geschäftsjahr der diesjährigen Generalversammlung vor zur Verteilung an ihre Versicherten. Dieser ausgezeichnete Erfolg wird das Vertrauen zu ihr aufs neue beleben und festigen.

Die glänzende Entwicklung, die unsere Deutsche Volksversicherung genommen, wird am deutlichsten bewiesen durch die Tatsache, daß am Ende des vorigen Jahres ihr 229 247 Versicherte mit 71 349 000 M. Versicherungskapital angehörten.

Im laufenden Jahre hat diese Entwicklung noch eine bedeutende Steigerung erfahren. Bis zum 6. Juni dieses Jahres war ein Versicherungs-Ausgang von 23 Millionen Mark bereits überschritten, so daß, wenn nicht außergewöhnliche Umstände eintreten, diese Summe im Jahre 1920 50—60 Millionen Mark erreichen wird.

Damit ist die Deutsche Volksversicherung in die Reihe der Großunternehmen gerückt und steht zu erwarten, daß sie in kürzester Zeit durch Angliederung neuer Unternehmen eine weitere Stärkung erfahren wird.

#### Und die Mehlerzeugung?

Um die deutsche Mehlerzeugung steht es nach wie vor schlecht. Ueber die Gründe hierfür erhalten wir von kennntnisreicher Stelle, die mitten in der Getreidewirtschaft steht, folgende Aufklärung:

Daß die Mehlerzeugung mit einem Male so knapp geworden ist, liegt zum Teil daran, daß unvernünftigerweise eine Zeit lang mit 80 Prozent ausgemahlen wurde, so dann aber auch, daß die Reichsgetreidestelle im Eintritte zur Lutzschicht war und nicht genügend fremdes Getreide gekauft hat. Doch hat es keinen Wert, heute rückwärts zu schauen, es kann sich nur darum handeln, Mittel und Wege zu suchen, um schleunigst aus dieser Misere herauszukommen. Auf zwei wichtige Dispositionen der Reichsgetreidestelle ist besonders hinzuweisen, die die Mehlerzeugung so schwierig machen. Die Verteilung an die Mühlen wird nicht in richtiger Weise vorgenommen. Ein Teil der Mühlen ist in richtiger Weise und gleichmäßig beliefert, ein Teil derselben ist so überaus beschäftigt, daß, wenn die Mehlerzeugungsstelle bei diesen Mehl andient, die Kommunalerbände häufig Wochen lang warten müssen, bis die Mühlen zu liefern imstande sind; sie sind also überbeschäftigt, wohingegen ein anderer Teil überhaupt unbeschäftigt liegt. Die Verteilungsstelle der Reichsgetreidestelle muß nicht allein sehen, quantitativ die Mühlen gleichmäßig zu beliefern, sondern dafür sorgen, daß zeitig sämtliche Mühlen beliefert werden und mahlen können. Darin liegt ein großer Fehler und um Abhilfe zu schaffen, ist es richtig, wenn die Dispositionen des Getreides an die Mühlen nicht schematisch gemacht werden.

Dann wird zweitens nicht genügend Wert darauf gelegt, den Abgang der feineren eintreffenden Getreidemengen zu beschleunigen. Wenn in Zeiten des Getreidehandels vor dem Kriege Getreide hier knapp wurde, dann schifften die Getreidehändler ihre Leute nach Rotterdam und Antwerpen, oder nach den Häfen, wo die Ware ankommen konnte, um dieselbe schleunigst nach dem Rhein zu transportieren ohne Rücksicht darauf, ob Exportzölle entstanden und in welcher Höhe. Es wurden Separatboote gechartert, die statt mit 3 oder 5 Schiffen im Verband mit einem Schiff losfahren, wodurch dann die betreffenden Getreidemengen wesentlich früher an der Stelle waren, wie das jetzt der Fall ist. Würde dies Verfahren eingeschlagen, so würden wir bald wieder normalere Zustände sehen, denn es ist uns bekannt, daß eine Reihe Partien ausländischen Getreides in Rotterdam und Antwerpen angekommen oder erwartet sind.

#### 232 Milliarden Mark Staatsschuld.

In einem Aufsatz: „Staatsfinanzen und Wirtschaftskrisis“ in der „D. N. Ztg.“ verfaßt von Dr. Meißner, ein Beamter des Reichsfinanzministeriums folgende Zahlen:

Das heutige Bild von der deutschen Schuld zeigt folgendes zahlenmäßige Ausmaß:

Staatsschuld:		In Milliarden Mark	
		Zu	Zu-
		kommen	ammen
Feste Schuld	Schwelende Schuld		
Weich	105,0	197,0	
Harde	16,5	35,0	
110,5	121,5	232,0	

Auch die Subjektiven zeigen hohe Milliardenziffern. Der gesamte Bedarf an Steuern der drei Körperstellen wird auf etwa 23 oder 24 Milliarden zu veranschlagt sein. Diese budgetäre und außerbudgetäre Belastung können ihre ordnungsgemäße Deckung durch laufende Einnahmen nicht finden. Das Reich befindet sich seinen U. S. darf zunächst immer noch durch die Ausgabe von Schatzwechseln. Seine jährliche Schuld wächst demgemäß von Monat zu Monat an, wie die nachfolgenden Zahlen es anzeigen:

31. Dezember 1918	55,0 Milliarden Mark
31. Dezember 1919	86,2 Milliarden Mark
30. April 1920	95,0 Milliarden Mark
Anfang Juni 1920	104,8 Milliarden Mark

Das Reich befindet sich die Schatzwechsel bei der Reichskasse, die zum Teil bei der Notenbank bleiben und zum anderen in den freien Geldmarkt abfließen. In diese Weise werden die Staatsbedürfnisse befriedigt, und hierin allein liegt die große Gefahr des Reiches. Die Finanzkraft des Reiches hieraus erwachsen aber für die Zukunft die Gefahren, die zu wärtigen Pflichten und denen rechtzeitig vorzusehen ist. Denn mit Reichsschulden und Schatzwechseln allein ist keine Wirtschaft zu führen. Schwarzmarkt auf allen Seiten und höchstgezügelter Produktion werden die einzigen Mittel sein, die uns aus dem Elend herausführen können.

#### Steuerabzug und Arbeitslohn.

Siehe die Verhandlung des Reichsfinanzministeriums und die Beschlüsse des Reichsfinanzministeriums vom 29. 3. 1920 (S. 45-52) mit Wirkung vom 25. Juni 1920 in Kraft gesetzt worden. Hieraus muß der Arbeitgeber seinen Angestellten und Arbeitern bei der Lohn- und Gehaltszahlung 10 v. H. des Arbeitsentkommens zum Zweck der Begleichung der Einkommensteuer einbehalten. Diese Bestimmungen des Gesetzes tragen, wie bereits bei Erlaß des Gesetzes vorausgesetzt worden ist, den Keim zu Unbilligkeiten, wenn nicht gar zu Schlimmerem in sich. Auf eine Unklarheit sei hier besonders hingewiesen: Nach § 29 des Einkommensteuergesetzes erfolgt die Veranlagung nach dem steuerpflichtigen Jahreseinkommen, das der Steuerpflichtige in dem dem Rechnungsjahr unmittelbar vorangehenden Kalenderjahr bezogen hat. Nun waren aber die Arbeitsentkommen der Angestellten und Arbeiter im Jahre 1919 durchweg erheblich geringer als im Jahre 1920. Hatte z. B. ein Arbeitnehmer im Jahre 1919 ein monatliches Einkommen von 600 M., so werden ihm von den 600 M. 10 v. H. = 60 M. monatlich gefürst. Der Arbeitnehmer hätte aber nach Abzug des Existenzminimums von jährlich 1800 M. (§ 20 Abs. 1 des Gesetzes) nur 6000 weniger 1800 M. = 4200 M. zu verzeichnen; das ergibt nach § 21 des Gesetzes einen Steuerbetrag von jährlich 395 M. oder monatlich nur rund 33 M. Tatsächlich wird dem Arbeitnehmer aber fast das Doppelte (60 M.) abgezogen. Es ist demnach erkennbar, warum dem Arbeitnehmer 60 M. in die den Steuerbaren Betrag weit übersteigenden Höhe gemacht werden

soll. Wie sollen ferner dem Arbeitnehmer die zu viel eingehobenen Beträge zurückgezahlt werden? Ist etwa eine Verzinsung der überhöbten Beträge in Aussicht genommen. Diese Fragen erfordern, bevor sich der Arbeitgeber „als Steuerzahler“ und auch die Steuerbehörden vor unliebsame Streitigkeiten gestellt sehen, dringend der Klärung. Dr. S.

#### Unsere Internationale

Nachdem in verschiedenen Zusammenkünften und Vorgesprächen die im Wege stehenden Hindernisse ausgeräumt worden waren, fand in den Tagen vom 18.—19. Juni im Haag (Holland) ein internationaler Kongress der christlichen Gewerkschaften statt. Er vereinigte die Vertreter christlicher Arbeiterorganisationen aus einer ganzen Anzahl von Ländern. Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands waren mit 20 Delegierten vertreten, die belgischen christlichen Gewerkschaften ebenfalls mit annähernd 20 Delegierten, Frankreich mit 5, Italien mit 3, Oesterreich mit 3, die Schweiz mit 2, Tschechoslowakei ebenfalls mit 2, Ungarn und Spanien mit je einem Delegierten, während die christliche Arbeiterzeitung Hollands natürlich ein ziemlich starkes Kontingent von Vertretern gestellt hatte. Dazu kamen alsdann Gäste aus England, Luxemburg und Dänemark. Die Zahl der Mitglieder der auf dem Kongress vertretenen christlichen Organisationen wurde auf 3 200 000 angegeben.

Ueber den Verlauf der Tagung, die einen äußerst befriedigenden Verlauf nahm und über das Ergebnis besonderer Besprechungen zwischen Vertretern der christlichen Metallarbeiterorganisationen verschiedener Länder werden wir demnächst einen Bericht aus der Feder eines Kongreßteilnehmers unseres Verbandes bringen.

#### Reichswirtschaftsminister Schmidt über die Wirtschaftslage

Der Wirtschaftsminister Schmidt hat am 1. Juli eine Sitzung im Reichswirtschaftsministerium abgehalten, die eine eingehende Besprechung der Wirtschaftslage zum Inhalt hatte. In der Sitzung wurden die von dem Reichswirtschaftsminister Schmidt über die Wirtschaftslage abgegebene Erklärung über die Wirtschaftslage und die zur Beseitigung der Krise zu ergreifenden Maßnahmen und eine Aussprache über die Erhebung der Ausfuhrabgaben beschlossen.

Der Reichswirtschaftsminister äußerte sich zu Beginn der Sitzung ganz ausführlich über die jetzige Wirtschaftslage. Er wies a. a. darauf hin, daß die Steigerung der Valuta besonders auf die Verknappung des Bodens im Westen, das Hinwegschieben industrieller Werte in das Ausland, das Unterbinden von Dispositionen im Ausland und das Zurückführen von Kapitalen nach dem Inland zurückzuführen sei. Die jetzige Entwicklungstendenz des deutschen Wirtschaftslebens müsse als völlig unklar bezeichnet werden. Die Exportfähigkeit der Industrie sei zurzeit sehr ungenügend. Die wachsende Tendenz der Preise habe zu einer Zurückhaltung der Käufer geführt. Er könne aber diese Tendenz nicht als verderblich ansehen, denn wir müßten einmal wieder zu normalen Verhältnissen zurückkehren. Er verwies ferner auf die hohen Gewinne, die in der Hochkonjunktur gemacht worden seien und die in der jetzigen Zeit zur Verfügung gestellt werden müßten. Wir müßten alles daran setzen, eine Besserung der jetzigen Wirtschaftslage herbeizuführen und die Krise zu mildern. Ein Rückgang der Preise sei im Interesse unserer Volkswirtschaft notwendig, selbst wenn der Preisrückgang mit einer Erhöhung des Maßstabes verbunden sei, die zu weiterer Arbeitslosigkeit führen müßte. Der Reichswirtschaftsminister sprach die Hoffnung aus, daß wir auch durch diese Krise wieder zu einer Gesundung der Verhältnisse kommen würden. Jetzt bestehende Exportabgaben könnten von einzelnen Industrien in der jetzigen Höhe nicht geleistet werden. Es müßte aber eine eingehende Prüfung auf Grund von Kalkulationen stattfinden, in welchem Maße eine Herabsetzung der Ausfuhrabgaben möglich sei. Ein gänzliches Fortfallen käme keinesfalls in Betracht.

Auf die Rede des Reichsministers werden wir noch ausführlicher zurückkommen.

#### Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 4. Juli, der 28. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 4. bis 10. Juli.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge:

Bekanntmachung des Vorstandes

1. Klasse 3,60 M., 2. Klasse 3,10 M., halbe Klasse 2,10 M., Jugendklasse 1,10 M.

Wissen (Sieg). 1. Klasse 3,50 M., 2. Klasse 3.— M., halbe Klasse 2.— M., Jugendklasse 1.— M.

Südbad. 2. Klasse 3,50 M., halbe Beitragsklasse (Weißliche) 1,20 M.

Nichtzahlung hat die Entziehung der statutarischen Rechte zur Folge.

#### Aus dem Verbandsgebiet

Dillenburg. Welche Früchte die politische Verheerung der Arbeiterzeitung zeitigt, davon legt nachstehender Vorfall bezeichnendes Zeugnis ab: Am 1. Juli hatte der Betriebsrat der Firma Wilhelmshütte, Kr. Wiedenkopf in Verbindung mit der Belegschaft den Beschluß gefaßt, daß alle Arbeiter der vorgenannten Firma sich am „Festtag“ beteiligen sollten. Um dem Beschluß den nötigen Nachdruck zu verschaffen, kündigte man an, daß im Nichtbeteiligungsfalle jeder 14 Tage ausgesperrt würde. Da nun aber trotz dieser Maßnahme keine reifliche Beteiligung erfolgt war, wurden die „Sünder“ in Strafe genommen und ausgesperrt. Unser Kollege Jakob Schmidt III, aus Silberberg, mußte nun zunächst als Sünderabdiener, wurde auf die Straße gesetzt und hrolos gemacht. Die goldene Verheißung dieser Freiheitskämpfer, die Arbeiterzeitung bekäme durch die Volksregierung den Himmel auf Erden, wird durch diesen Fall erneut „bewiesen“.

Doch hiermit nicht genug! Aho weitere Kollegen, dazu Mitglieder des Deutschen Met.-Arb.-Verb., welche ebenfalls aus innerer Ueberzeugung und auf Grund anderer Anschauungen sich nicht beteiligten, wurden ebenfalls von ihren eigenen Genossen herangezogen. Wahrlich, der beste Beweis der Kollegialität. Nachdem nun die Kollegen 8 Tage ihrer Strafe verbißt hatten, schlug die Herren Betriebsräten Scheinbar das Gewissen, denn man machte den Betreffenden schriftliche Mitteilung, daß sie wieder zur Arbeit kommen könnten. In einer solchen Schwach und Arbeiterentziehung durch die eigenen A. legen im sozialistischen Deutschland, erübrigt sich wohl jeglicher Kommentar.

